

Martin Seeliger, Christof Roos und Max Nagel

Personenfreizügigkeit im gemeinsamen Markt und ihre Auswirkungen im Herkunftsland – Win-win-Situation oder Abhängigkeit?

1. Einleitung

Wo ein Mensch ist und wo er sein darf, bestimmt seine Lebenschancen zu einem wesentlichen Teil.¹ Demzufolge stehen Fragen nach dem Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsrecht im Zentrum der Philosophie, der Ökonomie und der Sozialwissenschaft. Während erstere nach der Berechtigung zur Wahl des Aufenthaltsorts unter normativen Aspekten fragt, untersuchen letztere Wanderungsbewegungen (sowie deren Voraussetzungen, Konsequenzen und etwaige Regulierungsbestrebungen) aus einer empirischen Sicht.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Interdependenz von Ereignissen an weit voneinander entfernten Orten im Zuge der Globalisierung hat die Frage der Legitimität »globaler Bewegungsfreiheit«² in den letzten Jahrzehnten immer weiter an Bedeutung gewonnen. Vom Blickpunkt einer kosmopolitischen Perspektive arbeiten zahlreiche Beiträge Argumente für ein allgemeines Recht auf Freizügigkeit heraus. Als Gründe werden unter anderem die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Weltsystems, seine geopolitischen Konflikte und zunehmenden ökologischen Risiken sowie der allgemeingültige Gleichheitsanspruch aller Menschen angeführt.³

Die politischen und sozioökonomischen Konsequenzen von Migrationsprozessen lassen sich idealtypisch innerhalb einer Dreiecksbeziehung darstellen. Je eine Ecke des Dreiecks bildet die Position der Migrant*innen, die Herkunfts- und die Zielgesellschaft ab. Wie wir an einer Reihe von Positionen aus der Philosophie und der Politischen Ökonomie aufzeigen wollen, teilen zentrale Beiträge zu dieser Debatte eine wichtige Leerstelle – sie vernachlässigen die Konsequenzen der Migration in den Herkunftsländern.⁴ Dies gilt vor allem für Beiträge zur Migrationsethik sowie für die Perspektive der neoklassisch argumentierenden Politischen Ökonomie. Während

1 Mau 2021.

2 Cassee 2016.

3 Siehe hierzu allgemein Ottmann, Barisic 2018.

4 Bruzelius 2021.

sie Migration aus einer liberal-individualistischen Perspektive als Einwanderung in die (nordwestlichen) Kernländer verstehen, bleiben etwaige Folgen der Auswanderung aus den Ländern der (europäischen oder im Globalen Süden befindlichen) Peripherie unterthematisiert. Studien dazu lassen sich beispielsweise in der Entwicklungs- und Transnationalisierungsforschung finden. Die Ergebnisse sind, wie wir unten ausführlicher darstellen werden, nicht immer eindeutig.

Ein prominenter Fall internationaler Bewegungsfreiheit ist die Europäische Union (EU). Die europäische Integration verläuft über die Konstruktion des gemeinsamen Marktes. Ein Grundprinzip und zugleich Motor dieser marktgetriebenen Einigung ist die Personenfreizügigkeit.⁵ Diesem Zusammenhang zwischen europäischer Integration und Personenfreizügigkeit zugrunde liegen zwei ethisch-politische Begründungsmuster – ein liberales und ein kosmopolitisches. Zum einen handelt es sich um eine Vorstellung aus der neoklassischen Ökonomie, der zufolge freie Arbeitskräftemobilität in Marktwirtschaften eine effiziente Faktorallokation bewirkt. Personenfreizügigkeit ermöglicht aus dieser Perspektive eine Maximierung individueller Einkommen für die Beschäftigten.⁶ Die friktionslose Allokation der Arbeit erlaubt – so zumindest die Idee – auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Maximierung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine zweite Vorstellung speist sich aus dem Repertoire kosmopolitischer Philosophie, die aus einem allgemeinen Gleichheitsanspruch der Menschen deren internationale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ableitet. Während diese innerhalb der EU zwar dezidiert nicht im globalen Maßstab verwirklicht sind, markiert der Integrationsprozess wichtige historische Schritte in eine entsprechende Richtung.

Die Frage nach den Effekten auf die Herkunftsänder – aus dieser Perspektive erscheint die Migration als Auswanderung – ist in der Debatte um die Personenfreizügigkeit in der EU unterrepräsentiert.⁷ Auf diesen Umstand verweist etwa auch Seubert, die in diesem Zusammenhang eine ungleiche Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten kritisiert: Derzeit »gelingt es dem System nicht, Vor- und Nachteile der sozialen und ökonomischen Zusammenarbeit innerhalb der EU gerecht zu verteilen. Indem sie der Gemeinschaft beigetreten sind, haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, ein gemeinsames Projekt zu verfolgen, sind aber gleichzeitig signifikante Risiken eingegangen«.⁸ Weite Teile der migrationsethischen Literatur igno-

⁵ Haas 1958; Gosewinkel 2016, S. 604.

⁶ Favell, Hansen 2002; Borjas 1989.

⁷ Kureková 2013.

⁸ Seubert 2019, S. 59.

rieren Effekte der Auswanderung in den Herkunfts ländern schlichtweg. Dieser Leerstelle widmet sich der vorliegende Artikel.

Eine Reihe von politökonomischen und wirtschaftssoziologischen Beiträgen hat aufgezeigt, dass die europäische Integration und damit verbundene Wanderungsprozesse innerhalb der EU nicht automatisch zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in peripheren, ost- und südeuropäischen Ländern führen.⁹ Obwohl zentrale Positionen aus diesem Bereich mit den ökonomischen Effekten der Rücküberweisungen auf Herkunftsstaaten zwar einen wichtigen Aspekt aufgreifen, bleiben auch diese unsensibel für die Negativfolgen von Auswanderung in den Auswanderungsländern. Es ist daher bemerkenswert, dass Auswanderung als eine zentrale Folge der EU-Grundfreiheit weitgehend unbeachtet geblieben ist.

Ein grundlegendes Paradoxon der europäischen Einigung folgt daher daraus, dass die wirtschaftliche Integration vormals nationaler Arbeitsmärkte ökonomische Disparitäten nach sich zieht, aus denen wiederum Entwicklungen gesellschaftlicher Desintegration resultieren.¹⁰ Dieses Paradoxon liegt auch den hier aufgegriffenen Leerstellen in der Literatur zugrunde. Auf Basis sekundäranalytisch erhobener Daten wollen wir im Folgenden grundlegende Verengungen zweier Leitwissenschaften der migrationspolitischen Debatte aufzeigen und kritisieren, welche die Personenfreizügigkeit im gemeinsamen Markt begleiten. Wir leisten damit einen Beitrag zu einer Debatte um die Implikationen und politik- und wissenschaftsanleitende Wirksamkeit kosmopolitischen Denkens.¹¹ Indem wir die negativen Effekte von Auswanderung aus einer Reihe einschlägiger Studien rekonstruieren, zeigen wir, dass sowohl weite Teile der Migrationsethik als auch die neoklassische Wirtschaftswissenschaft negative Folgen von Auswanderung systematisch vernachlässigen. Diese spezifische Engführung interpretieren wir im Fazit als Ausdruck einer allgemeinen Tendenz zur Externalisierung weltsystemischer Ungleichheiten und Verwerfungen.¹²

Im nächsten Abschnitt fassen wir ausgewählte Positionen aus der Debatte zur Freizügigkeit zusammen, um die Mängel einer liberal-individualistischen Perspektive herauszustellen. Abschnitt 3 legt unsere eigene dependenztheoretische Rahmung des Gegenstands dar, durch welche negative Effekte durch Emigrationsströme erkennbar werden. Der dann folgende Abschnitt widmet sich der Arbeitskräftemobilität im gemeinsamen Markt der Europäischen Union als einem Beispiel verwirklichter Freizügigkeit. Während das Recht auf Freizügigkeit hier weitgehend realisiert ist, treten gleichzeitig

9 Bohle, Greskovits 2012; Nölke, Vliegenthart 2009; Bruszt, Langbein 2020.

10 Vgl. Heidenreich 2022.

11 Vgl. etwa Biskamp 2020; Zürn 2020.

12 Lessenich 2016.

Folgeerscheinungen auf, die von den migrationsethischen Positionen nicht ausreichend in Betracht gezogen werden.

2. Positionen zur Personenfreizügigkeit im Forschungsstand

Die Frage nach den ethischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Folgen von Migration und Freizügigkeit beschäftigt die Sozialwissenschaft und Philosophie über die letzten Jahre in zunehmendem Maße: normativ einerseits und empirisch, über die Antizipation positiver ökonomischer Konsequenzen, andererseits. Es handelt sich hierbei, erstens, um philosophische Positionen, die ein Recht auf Freizügigkeit als ethische Notwendigkeit proklamieren. Diese ergibt sich für die Vertreter*innen vor allem aus einer Sicht auf individuelle Selbstverwirklichung und der mangelnden Legitimationsgrundlage eines sozialen Ausschlusses aus dem Gemeinwesen der Zielländer. Ein zweiter Literaturstrang setzt sich aus Positionen der Politischen Ökonomie neoklassischer Prägung zusammen. Die hier zu rekonstruierenden Beiträge teilen eine funktionalistische Perspektive, aus der Migration positiv als Mechanismus zur Korrektur asymmetrischer Arbeitsmarktdynamiken erscheint.

Beide Literaturstränge, so wollen wir argumentieren, kultivieren eine migrationsoptimistisch beziehungsweise auf Integrationsprobleme in Zielländern verengte Perspektive, indem sie die Effekte in den Herkunftsändern systematisch vernachlässigen. Damit verstehen wir diese Argumente als Teile eines »erfolgreichen und kohärenten Narrativ[s] [...], das fortschrittliche Werte, einen eleganten Lifestyle und transnationale Wirtschaftsinteressen vereint«¹³ – dem Kosmopolitismus. Die »liberalen Elemente demokratischer Selbstbestimmung, insbesondere die Notwendigkeit des Schutzes individueller Rechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Macht des besseren Arguments usw.«¹⁴ werden hier betont. Gleichzeitig, dies belegen auch die Leerstellen der im Folgenden zu rekonstruierenden Positionen, zeichnen sich entsprechende Haltungen durch eine gewisse Ignoranz gegenüber den negativen Auswirkungen der Inanspruchnahme entsprechender Rechte aus.

2.1 Normative Positionen aus der Migrationsphilosophie

Die Migrationsphilosophie beschäftigt sich mit der begrifflichen Bestimmung von Migration sowie ihrer normativen Begründung in Relation von individuellen Betroffenheiten und Gestaltungsspielräumen sowie hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Struktur von Gemeinwesen. Zur Auseinander-

13 Merkel, Zürn 2019, S. 74.

14 Ebd.

setzung mit dem Themenkomplex von Freizügigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung gelangt die Philosophie vor dem Hintergrund der politischen Salienz internationaler Migrationsbewegungen im 21. Jahrhundert.

In den letzten Jahren lässt sich eine wachsende Anzahl von Positionen in dieser Debatte um Implikationen und Zielkonflikte zeitgenössischer Migrationspolitik verzeichnen. Aus einer kosmopolitischen Perspektive konstatiert Seyla Benhabib als Grundannahme einer entsprechenden Kritiklinie, »dass der liberale Staat auf einem Fundament ungerechtfertigter gewaltsamer Exklusion aufbaut«.¹⁵ Internationale Migration, so Donatella di Cesare, fördere demnach »ein konstitutives Dilemma zutage, das die liberalen Demokratien von Grund auf untergräbt und beschädigt«.¹⁶ Dieses Dilemma bestehe in »eine[r] offene[n] politische[n] Spannung zwischen staatlicher Souveränität und der Verpflichtung zu Menschenrechten«.¹⁷ Da die Exklusion potenzieller Einwanderer*innen letztlich auf die Erhaltung nationaler Privilegien als Zugang zum »eigenen[n] Staatsgebiet als geschlossene[m] Raum kollektiven Eigentums«¹⁸ abziele, könne eine restriktive Einwanderungspolitik ultimative Menschenrechte nicht gewährleisten. Die Staatsbürgerschaft umfasst aus dieser Perspektive also exklusive Rechte, die den Staatsbürger*innen illegitimerweise vorbehalten sind und eigentlich auf Nicht-Staatsangehörige auszuweiten wären, da diese doch ein allgemeines Menschenrecht darstellen sollten.

Vor diesem Hintergrund, so schließt die Autorin, »heißt auf Migration zu reflektieren auch, den Staat neu zu denken«,¹⁹ und benennt ihre eigene Arbeit als »einen Beitrag zur konzeptionellen Unterfütterung der Forderung nach einem *jus migrandi*«.²⁰ Eine entsprechende Ansprüche begründende »Philosophie der Migration« sei ihr zufolge weiterhin »zuallererst eine Philosophie des Migranten«,²¹ denn dieser sei schließlich »Protagonist, Akteur und Interpret des epochalen Dramas«. Mit dieser liberal-individualistischen Rahmung bringt sie ihre Argumente nicht nur gegen die politische Rechte in Stellung, sondern auch gegen eine »alte Sozialdemokratie, die dem aggressiven Nationalismus bereits vor den großen Weltkonflikten Zugeständnisse machte«, sowie »die souveränistische Linke neuerer Prägung [...], die bei genauerem Hinsehen einen mickrigen Gegengesang zur reaktionären Rech-

15 Benhabib 2016, S. 219.

16 di Cesare 2021, S. 18.

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Ebd., S. 7.

20 Ebd., S. 8.

21 Ebd., S. 35.

ten darstellt«.²² »Richtiger und zutreffender«, so schließt sie, »müsste man einfach von ›Souveränismus‹ sprechen, um jene politische Front zu bezeichnen, welche die Souveränität der Nation bis zum Äußersten verteidigt.«²³

In die gleiche Richtung zielt auch der Diskussionsbeitrag von Andreas Cassee, den die »philosophische Frage« beschäftigt, »mit welchem Recht Staaten überhaupt den Anspruch erheben, darüber zu verfügen, wer in ihr Staatsgebiet einreisen und sich dort niederlassen darf und wer nicht«.²⁴ Seine Kritik an der Idee eines staatlichen Rechts auf Ausschluss gegenüber Einwanderungswilligen speist sich aus drei zentralen Einwänden – dem Prinzip der individuellen Freiheit, einer Kritik globaler Verteilungsdiskrepanzen sowie der Idee demokratischer Mitbestimmung aller von politischer Herrschaft Betroffener. Vor diesem Hintergrund schließt auch er, »dass der Aufenthaltsort zu den Aspekten des eigenen Lebens zählt, über die jeder Mensch selbst entscheiden können sollte«.²⁵ Dass Bewegungsfreiheit damit »ein allgemeines Recht«²⁶ darstelle, müsse schließlich zu einem »Paradigmenwechsel«²⁷ in der politischen Gestaltung internationaler Migration führen – jeder solle eben dort sein, wo er möchte.²⁸

In ihren allgemeinen Überlegungen zur Ethik von Politik und Wirtschaft unter Globalisierungsbedingungen umreißt Danielle Allen den Problemkomplex internationaler Migration damit, »dass Einwanderer Aussicht auf Mitsprache, Repräsentation und politische Gleichheit haben«.²⁹ Gleichzeitig stelle sich das Problem, dass »unser eigener Wohlstand« häufig »auf dem Ausrauben anderer Menschen beruht, zum Beispiel auf der Arbeit von Einwanderern aus instabilen Gesellschaften ohne gültige Papiere«.³⁰

Allgemein schlägt sie zwar vor, »die mit der Verlagerung der Arbeitskraft verbundenen Verwerfungen« müssten »als Teil der Frage behandelt werden, wie das Produktivitätspotenzial der weltweiten Arbeitsmärkte maximiert werden kann«.³¹ Als Grundproblem erscheint ihr in diesem Zusammenhang die Frage nach der »Freizügigkeit der Völker für Verteilungsgerechtigkeit«, der »Wert von politischer Gleichheit bzw. Mitsprache für alle Menschen« und die »tatsächlichen Verwerfungen« im Zuge von Migration. Diese sind

22 Ebd.

23 Ebd., S. 91.

24 Cassee 2016, S. 9.

25 Ebd., S. 172.

26 Ebd., S. 215.

27 Ebd., S. 279.

28 Siehe auch Carenz 2013.

29 Allen 2022, S. 41.

30 Ebd.

31 Ebd., S. 167.

ihr »gleichbedeutend mit der Frage, wie wir die Freizügigkeit von Arbeitskraft maximieren und dabei die Schutzlosigkeit der Migranten sowie alle negativen Auswirkungen auf die Transaktionskosten in der Aufnahmeökonomie minimieren können«.³²

Eine zweite Position im Feld der Migrationsethik deutet auf mögliche Probleme in Herkunftsstaaten hin, bleibt jedoch vage bezüglich der wirkenden Mechanismen. In seinem umfangreichen Band zur *Ethik der Migration* versammelt Frank Dietrich zentrale migrationsphilosophische Positionen mit besonderem Fokus auf die Frage, »ob (und gegebenenfalls inwieweit) Menschen über ein Recht auf Aus- bzw. Einwanderung verfügen«.³³ Ausgehend vom Grundproblem, wie moderne Staaten für ihre Bürger*innen eine Infrastruktur öffentlicher Institutionen gewährleisten können, weist David Miller in diesem Band die Idee eines Rechts auf globale Bewegungsfreiheit zurück, da selbige jene Gewährleistung nicht nur in den Aufnahme-, sondern auch den Herkunftsländern gefährde. Expliziter behandelt Gillian Brock das Problem, indem sie die Ausbildungskosten zentral stellt, die die Staaten der Herkunftsländer – und damit deren Bürger*innen – tragen müssen.

»Wenn«, so Brock, »eine hochqualifizierte Bürgerin solch eine Gemeinschaft verlässt, um andernorts eine Beschäftigung aufzunehmen, dann erlegt sie der Gemeinschaft, die sie verlässt, eine Reihe von Kosten auf.«³⁴ Zum Zweck der Kompensation unterbreitet Brock schließlich zwei Vorschläge. Erstens ließen sich entsprechende Kosten zumindest teilweise über das Erheben einer Auswanderungsentschädigung oder die Besteuerung zukünftiger Einkommen decken. Und zweitens könnten Absolvent*innen bestimmter Ausbildungen zur Ableistung bestimmter Arbeitskontingente im Herkunftsland verpflichtet werden, bevor ihnen die Ausreise gewährt wird.

Zu einer differenzierteren Position gelangt aus einer migrationsethischen Perspektive – allerdings nicht kosmopolitischer, sondern kommunaristischer Provenienz – David Miller. Er wirft das kosmopolitische Grundproblem auf, »ob Staaten dazu verpflichtet sind, die Interessen aller Menschen gleich zu behandeln, wenn sie über ihre Politik befinden, oder ob es ihnen legitimerweise offensteht, die Interessen ihrer eigenen Bürger höher zu gewichten«.³⁵ Zur Bearbeitung dieses Problems schlägt Miller zwei Leitkategorien eines »schwachen Kosmopolitismus« vor, anhand derer sich klären lässt, was Mitglieder eines Gemeinwesens für Menschen tun müssen, »die nicht ihre Landsleute sind« – hierbei handelt es sich um Pflichten gegenüber

32 Ebd., S. 178.

33 Dietrich 2017, S. 10.

34 Brock 2017, S. 214.

35 Miller 2017 a, S. 24.

(potenziell einwandernden) Individuen sowie Pflichten gegenüber anderen politischen Gemeinschaften.³⁶

Durch diese Ausdifferenzierung öffnet Miller sein migrationsethisches Raster auch für »Auswirkungen [...], die eine selektive Immigration auf die Gesellschaften haben könnte, aus denen die Einwanderer fortgehen«.³⁷ Die Konsequenzen dieser relational und nicht individualistisch konzipierten Position manifestieren sich für Miller in einer möglichen Pflicht der Staatsbürger*innen, »nicht fortzugehen, sondern zu Hause zu bleiben und dort ihren Beitrag zu leisten«.³⁸ Dafür führt er zwei Gründe an: die durch die Allgemeinheit des Herkunftslands gedeckten Ausbildungskosten sowie eine besondere Verpflichtung gegenüber den Mitbürger*innen des Herkunftslands.³⁹

Obwohl manche migrationsethischen Beiträge die Effekte von Emigration auf Herkunftsländer betrachten, bleibt die Reflexion der dort wirkenden Mechanismen vage. Der Problemkomplex der Folgen von Auswanderung in den Herkunftsländern bleibt daher kaum thematisiert.

2.2 Die neoklassische Perspektive auf Freizügigkeit

Die neoklassische Perspektive auf Freizügigkeit teilt den migrationsoptimistischen Blick von einigen migrationsethischen Beiträgen. Dieser fußt hier auf der individuell-utilitaristischen Perspektive, dass die Freizügigkeit von Individuen Marktfriktionen behebt und somit zu einer Optimierung der Wohlfahrt führt. Eine neoklassische oder »orthodoxe«⁴⁰ Perspektive auf den gemeinsamen Markt der EU folgt aus einem Verständnis kapitalistischen Wirtschaftens als wettbewerbsgetriebenem Freihandel. Entsprechende Ideen wurden bereits durch die Römischen Verträge (1957) in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft institutionalisiert. Grundprinzip des gemeinsamen Marktes werden damit die Kapitalverkehrs-, die Dienstleistungs-, die Waren- und die Personenverkehrsfreiheit.⁴¹

Seit Beginn der europäischen Integration in den 1950er Jahren wirkte die Personenfreizügigkeit für Arbeitskräfte als Schlüsselement im Einigungsprozess. Nachdem sie erst auf Beschäftigte der Kohle- und Stahlindustrie beschränkt gewesen war, wurde sie im Maastrichter Vertrag (1993) auf alle

36 Ebd., S. 52.

37 Ebd., S. 169.

38 Ebd.

39 Siehe auch ebd., S. 243; vgl. Stilz 2016.

40 Parker 2021.

41 Es ist anzumerken, dass temporäre Arbeitsmigration formal auch als Entsendung, das heißt auf Grundlage der Dienstleistungsfreiheit stattfindet. Die Effekte am Arbeitsmarkt sind aber dieselben wie im Falle der Personenfreizügigkeit.

Bürger*innen der EU ausgeweitet. Diese sind seitdem befugt, sich in der EU frei zu bewegen und niederzulassen. Aus neoklassischer Sicht sollte Freizügigkeit gewährleistet werden, da Bewegungsfreiheit als marktkorrigierender Mechanismus angesehen wird, der dazu beiträgt, Angebot und Nachfrage nach Arbeit in interdependenten Volkswirtschaften auszugleichen. Mobile migrantische Arbeitskräfte, die auf eine Maximierung ihres individuellen Nutzens zielen, können auf ökonomische Abschwünge und asymmetrische Schocks des Wirtschaftssystems reagieren. Und auch Unternehmen können sich einfacher an zyklische Änderungen anpassen und durch die Vergrößerung des Angebots auf Arbeitsmarktseite ihre Nachfrage besser befriedigen. Staaten geben dabei ihre Entscheidungsfreiheit über die Arbeitsmobilität zugunsten des Marktes auf. Im gemeinsamen Markt der EU lässt sich die wirtschaftliche Nachfrage nach Arbeitskräften über die Möglichkeit EU-weiter Rekrutierung und insbesondere aus der südlichen und östlichen Peripherie erfüllen.

Die gesellschaftlichen und politischen Ambitionen des europäischen Integrationsprozesses sind daher eng mit dem Recht auf Bewegungsfreiheit verbunden.⁴² Flexible und offene Arbeitsmärkte und ihre Ausrichtung auf das Ziel ökonomischer Effizienz bedingen die Mobilität von Arbeit als Produktivfaktor. Als Folge des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage wird hierbei ein Rückgang von Lohndifferenzen und Ungleichheit unter den Mitgliedstaaten erwartet.⁴³ Innerhalb dieses neoklassischen Paradigmas selbtausgleichender Märkte soll das Arbeitskräfteangebot sich auch über Grenzen hinweg angleichen – Arbeitskräfteknappheit in einem Land lässt sich aus dieser Perspektive durch Überangebot in einem anderen Land ausgleichen. Im Zuge der verschiedenen Erweiterungsrunden wurden Migrationsbewegungen – sowohl von wissenschaftlicher Seite als auch durch die europäischen Institutionen – als zirkulär verlaufend und zeitlich begrenzt theoretisiert.⁴⁴ Im Einklang mit dem neoklassischen Paradigma bestätigen zirkuläre Migrationsverläufe die Vorstellung von Nutzen- und Profitmaximierung auf Seiten des Kapitals und der Beschäftigten. Treffend bezeichnen vor diesem Hintergrund Favell und Hansen Zirkularität als ein »Charakteristikum einer früheren, vornationalstaatlichen Phase intra-europäischer Mobilität, die wieder auftreten könnte als Teil eines neuen europäischen Ordnungsmusters der Migration«.⁴⁵

42 Favell 2014, S. 282.

43 Favell, Hansen 2002, S. 585–598; Borjas 1989, S. 459.

44 European Commission 2020; Favell, Hansen 2002; Favell 2014.

45 Favell, Hansen 2002, S. 582. Zirkularität im Migrationsverlauf sowie hieraus resultierende Entwicklungsimpulse für die Herkunftsgesellschaften betonen Studien aus einem Literaturstrang

Aus dieser Perspektive erscheinen alle, die sich entsprechend der Prinzipien der neoklassischen Ökonomie verhalten, als Gewinner*innen: die Wanderarbeiter, die Aufnahme- und die Herkunftsländer. Da sie überschüssige Arbeit exportieren und zugleich weitere finanzielle Ressourcen durch Rücküberweisungen erhalten, werden letztere als von der Personenfreizügigkeit profitierende Einheiten betrachtet. Weiterhin, so eine verbreitete Annahme, erschlössen sie sich Vorteile durch mögliche soziale Aufwärtsmobilität der Wandernden und die Akquise zusätzlichen Humankapitals im Ausland.⁴⁶

Ein wesentlicher Vorbehalt dieser Annahme besteht darin, dass positive Entwicklungseffekte lediglich im Falle primär zyklischer und zeitlich begrenzter Migration eintreten, im Falle permanenter Auswanderung jedoch ausbleiben.⁴⁷ Eine Konstellation offener Grenzen ermöglicht zyklische Migration eher, da Sicherheits- und Visakontrollen die Kosten der Grenzüberquerung, aber damit auch die Wahrscheinlichkeit der Sesshaftwerdung von Migrant*innen erhöhen. Der gemeinsame Markt der EU bietet EU-Bürger*innen ein Recht auf Bewegungsfreiheit und geht einher mit einem Rückbau innereuropäischer Grenzkontrollen. Er bietet daher ideale Bedingungen für beidseitig vorteilhafte Migrationsbedingungen zwischen Herkunfts- und Zielländern.⁴⁸

Einen bemerkenswerten Debattenbeitrag an der Schnittstelle normativer Ungleichheitskritik und politisch-praktischer Expertise liefert mit Branko Milanovic ein (ehemaliger) Weltbankökonom mit Blick auf die soziale Ungleichheit im globalen Rahmen.⁴⁹ Um perspektivisch eine gerechtere Wohlstandsverteilung zu gewährleisten, schlägt Milanovic vor, politische Hindernisse für grenzüberschreitende Arbeitsmigration abzubauen. Da ein qua Geburtsort (oder zumindest Staatsbürgerschaft) gegebener Arbeitsmarktvorteil nach dem Zufallsprinzip verteilt werde, sei dieser als Ursache sozialer Ungleichheit letztlich nicht legitim und zum anderen Ausgangspunkt internationaler Wirtschaftsmigration. Dass die Menschen heute genauer über die Einkommensdifferenzen zwischen unterschiedlichen Weltregionen Bescheid wissen, hat die Zahl potenzieller Migrant*innen in den

der Arbeits- und Migrationssoziologie (siehe hierzu Nadler et al. 2016; Predojevic-Despic et al. 2016; sowie klassisch Pries 1996).

46 Favell 2014, S. 278.

47 Portes 2008, S. 24.

48 Favell 2014, S. 283.

49 Vgl. Milanovic 2020, S. 7. Während Milanovic zwar im globalen Maßstab argumentiert, lassen sich seine Ausführungen jedoch auch passend auf den europäischen Integrationsprozess übertragen.

letzten Jahren massiv ansteigen lassen. »Besonders deutlich«, so der Autor, sei

»diese Spannung in Europa zu sehen, das Schwierigkeiten hat, mehr Einwanderer aufzunehmen, dabei jedoch unter unablässigem Druck seitens der ärmeren Regionen an seinen Grenzen steht, sei es im Osten (seitens der ehemaligen Sowjetrepubliken und des Balkans) oder im Süden (seitens der arabischen Länder und der Staaten im subsaharischen Afrika)«.⁵⁰

Anstatt diesem Druck mit »harte[n] Maßnahmen«⁵¹ zu begegnen, schlägt Milanovic vor, ein liberales Migrationsregime im globalen Maßstab einzuführen. Prinzipiell, erklärt er, »bestünde die beste Lösung tatsächlich darin, völlige Freizügigkeit zuzulassen und alle Bewohner eines Landes ungeachtet ihrer Herkunft gleich zu behandeln«.⁵² Da dies bislang allerdings noch nicht der Fall sei, eröffneten sich unter den gegebenen Bedingungen drei Alternativen: (1) die Einführung unbeschränkter Freizügigkeit von Arbeitskräften bei anhaltenden Binnendifferenzierungen des nationalen Arbeitsrechts, (2) eine massive Erleichterung der Migrationsauflagen bei einer geringfügigen Bevorzugung heimischer Arbeitskräfte oder (3) eine Regulierung des Zuzugs von Arbeitskräften unter Beibehaltung der »Fiktion der Gleichbehandlung aller auf dem Gebiet eines Landes«.⁵³

Er selbst favorisiert von diesen drei Möglichkeiten die zweite, allerdings unter der Voraussetzung, »dass sich die reichen Länder bereitfinden, das Konzept der Staatsbürgerschaft neu zu definieren, und sich bemühen, die gegenwärtige einwanderungskritische und teilweise fremdenfeindliche Öffentlichkeit umzustimmen«.⁵⁴ Die Quotierung von Migration würde durch die Auflockerung überkommener Staatsbürgerrechte helfen, Wandlungsbewegungen in (mehr oder weniger) geordnete Bahnen zu lenken. Ein grundlegendes Axiom dieser Sichtweise besteht darin, dass es, so Milanovic,

»in der Natur der Sache liegt, dass die Einwanderer am meisten von der Migration profitieren, und da es denkbar und sogar wahrscheinlich ist, dass die Einkommen einiger Gruppen sowohl in den Entsende- als auch in den Aufnahmeländern sinken werden, könnten die Migranten verpflichtet werden, höhere Steuern zu zahlen als die einheimischen Arbeitskräfte«.⁵⁵

So unkonventionell und innovativ diese Neuinterpretation dessen, was man auch als *Staatsbürgerschaft light* bezeichnen könnte, auch erscheinen mag

50 Ebd., S. 152 f.

51 Ebd., S. 155.

52 Ebd., S. 162.

53 Ebd.

54 Ebd.

55 Ebd. 2020, S. 160. Diese Idee ist in der Debatte seit Mitte der 1970er Jahre präsent (siehe Bhagwati 1976).

– mögliche Auswirkungen in der Folge auftretender Migrationsdynamiken in den Herkunftsländern werden auch bei Milanovic lediglich oberflächlich behandelt. Die Konsequenzen der Migration spielen sich in seiner Darstellung in den Wirtschaftsräumen der Aufnahmegeresellschaften sowie im Rahmen migrantischer Selbstverwirklichung ab.

3. Folgen der Kern-Peripherie-Migration in der EU

Migrationsethische und politökonomische Positionen vernachlässigen die Effekte von Auswanderung in den Herkunftsländern weitgehend. Eine realistischere Perspektive eröffnet sich vom Blickpunkt der Dependenztheorie. Als Fall realisierter Freizügigkeit analysieren wir den gemeinsamen Markt der EU. Von Interesse für uns und im Sinne der eingangs gestellten Frage ist die strukturelle Komponente der Ost-West-Migration für die Position der mittel- und osteuropäischen Herkunftsländer im gemeinsamen Markt der EU. Das Dependenz-Paradigma stellt die neoklassische Fundierung des gemeinsamen Marktes infrage, welche ein Gleichgewicht in Angebot und Nachfrage nach Arbeit sowie einen Rückgang der Lohndifferenziale und der allgemeinen Ungleichheit zwischen den Mitgliedsländern unterstellt. Einkommensdiskrepanzen und Unterschiede im nationalen Lebensstandard eröffnen komparative Vorteile für abhängige Marktwirtschaften. Gleichzeitig erhöhen sie aber – vor allem für Bevölkerungsgruppen mit hohen Qualifikationen – die Anreize zur Auswanderung.⁵⁶

3.1 Dependenztheoretische Rahmung

Die dependenztheoretische Perspektive stammt ursprünglich aus der entwicklungssoziologischen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Modernisierung lateinamerikanischer Länder, beeinflusst durch die Industrieländer des Globalen Nordens.⁵⁷ Anstatt auf endogene Entwicklungsfaktoren innerhalb von Nationalstaaten abzuheben, rückt die Dependenztheorie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie in den Fokus ihres Interesses. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder in der Peripherie werden aus Sicht der Dependenztheorie syste-

56 Inwieweit positive, negative oder uneindeutige Effekte von Emigration gefunden wurden, hängt auch von der Auswahl der Methode und Daten ab. Viele der betrachteten Studien untermauern ihre Argumente zu negativen/positiven Effekten der Emigration mithilfe von aussagekräftigen, deskriptiven Statistiken. In ökonomischen Papieren werden die Effekte aggregierter Variablen aufeinander betrachtet, welche zu tendenziell positiven Befunden führt. Schließlich gibt es umfassendere Analysen ohne klare Methode, die unklare oder tendenziell negative Effekte von Emigration auf die politischen, ökonomischen, oder sozialen Systeme identifizieren.

57 Cardoso, Faletto 1979.

matisch durch deren Abhängigkeit von den Ökonomien der Industrieländer bedingt.

Eine entsprechende Perspektive auf die Verhältnisse zwischen Kern- und Peripherieländern lässt sich auch auf die Konstellation innerhalb der Europäischen Union anwenden. So zeigen etwa Nölke und Vliegenthart⁵⁸ die Abhängigkeit mittel- und osteuropäischer Länder der EU von Direktinvestitionen der nordwesteuropäischen Kernländer. Aus einer dependenztheoretischen Perspektive wollen wir im Folgenden argumentieren, dass die Emigration qualifizierter Arbeitskräfte für die Ökonomien der Peripherieländer in Mittel- und Osteuropa einen weiteren dependenzerhöhenden Faktor darstellt.

3.2 Auswanderung als dependenzerhöhender Faktor

Die Öffnung des westeuropäischen Arbeitsmarktes, die Implementierung von Gleichbehandlungsrechten und die EU-Arbeitskräftemobilität ermöglichen es der osteuropäischen Bevölkerung, einen höheren Lebensstandard durch Migration zu verwirklichen.⁵⁹ Studien über die Demografie der Migration aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zeigen, dass der Großteil der Auswandernden zwischen 20 und 30 Jahre alt ist.⁶⁰ Der Ausbildungsgrad der Wandernden variiert dabei im Qualifikationsniveau, wie weitere Studien zeigen. Die Frage, ob es sich hierbei um einen *Brain Drain* oder einen »Brain Exchange« handelt, bleibt in der Literatur offen. Einige Untersuchungen erkennen ein Potenzial zur Stärkung des nationalen Humankapitals durch die EU-Mobilität.⁶¹ Andere zeigen erhöhte ungedeckte Bedarfe an qualifizierter Arbeit in den mittel- und osteuropäischen Arbeitsmärkten, die sich in der Folge negativ auf die nationale Produktivität auswirken.⁶²

Die Abwanderung der Jungen und Mobilen verstärkt dabei den demografischen Wandel in den Herkunftsländern.⁶³ Seit der ersten Erweiterungsrounde sind mit etwa sechs Millionen Menschen ca. sieben Prozent der Bevölkerung aus den zehn neuen Mitgliedsländern ausgewandert.⁶⁴ Am stärksten von der Auswanderung betroffen sind Bulgarien, Litauen und Rumänien, wo über zehn Prozent der Bevölkerung das Land verlassen haben. Den höchsten Anteil weist Rumänien auf: 20 Prozent (das heißt 3,2

58 Nölke, Vliegenthart 2009.

59 Lutz 2019; Grabowska 2021; Sobotka, Fürnkranz-Prskawetz 2020.

60 Kaczmarczyk 2015; Ritzen et al. 2017; Sobotka, Fürnkranz-Prskawetz 2020.

61 Kaczmarczyk 2015, S. 41; Kaczmarczyk 2018, S. 100–101.

62 Grabowska-Lusinska 2010; Grabowska 2021, S. 182–183; Atoyan et al. 2016, S. 21.

63 Vanhuysse, Perek-Bialas 2021; Sobotka, Fürnkranz-Prskawetz 2020, S. 215.

64 Eurostat 2020 a.

Millionen) der Erwerbsfähigen leben im europäischen Ausland.⁶⁵ Aktuelle Schätzungen besagen, dass Rumänien zwischen 2019 und 2060 weitere 25 Prozent seiner Bevölkerung durch EU-Migration verlieren wird.⁶⁶ Als Resultat der demografischen Alterung ist auch der Anteil der über 65-Jährigen in Mittel- und Osteuropa kontinuierlich angestiegen. Verglichen mit den 1990er Jahren soll sich dieser Anteil in Ungarn zwischen 2015 und 2040 verdoppeln und in Polen und Rumänien auf einen noch höheren Wert ansteigen. Lag das entsprechende Verhältnis in den 1990er Jahren noch bei fünf zu eins, sollen in Polen 2040 im Schnitt 2,4 Erwerbsfähige einen Menschen im Rentenalter unterstützen müssen.⁶⁷ Die ständig zunehmenden Kosten für die Finanzierung der Renten belasten die öffentlichen Ausgaben in anderen Bereichen wie der Forschungsförderung, dem Bildungshaushalt oder hinsichtlich allgemeiner Infrastrukturinvestitionen. Die Auswanderung zahlreicher junger Menschen stellt eine der Folgen dar.⁶⁸ Im Fall, dass die Ausgewanderten irgendwann zurückkehren, könnten sie dazu beitragen, die in weiten Teilen traditionell orientierten Gesellschaften aus dem Osten Europas zu modernisieren, indem sie die Konsummuster oder das Wertesystem verändern.⁶⁹

Gleichzeitig erkennen Vanhuysse und Perek-Bialas⁷⁰ im zunehmenden politischen Einfluss der älteren Generation in Osteuropa eine Ursache einer eher konservativen, auf hohe Rentenzahlungen ausgerichteten Politik. Ähnlich zeigt auch Kelemen auf, wie die Auswanderung von Ungarn nach Westeuropa als »Entlastungsventil« für die Opposition zur heimischen Politik funktioniert.⁷¹ Dass vor allem junge und damit tendenziell liberaler orientierte Menschen die Länder verließen, stärkte in der Folge die Stimmenanteile populistischer und autoritärer Parteien.⁷² Eine Ausnahme stellt die rumänische Diaspora dar. Diejenigen unter ihnen, die in den Niedriglohnsektoren der europäischen Aufnahmeländer beschäftigt waren, wandten sich in den Parlamentswahlen des Jahres 2020 in erheblichem Maße der radikalen Rechten zu.⁷³ Generell sind die Befunde jedoch eher uneindeutig, ob die Abwanderung eher mit einer Stärkung der politischen Rechten oder der Linken einhergeht, denn auch politischer Wandel im Sinne einer stärke-

65 Eurostat 2020 c.

66 Eurostat 2019.

67 Vanhuysse, Perek-Bialas 2021, S. 376–377.

68 Ebd., S. 382; siehe auch Atoyan et al. 2016, S. 25.

69 Sandu 2010; White et al. 2018; Kaczmarczyk 2018, S. 104.

70 Vanhuysse, Perek-Bialas 2021.

71 Kelemen 2020, S. 491.

72 Ebd., S. 491–493.

73 Ulceluse 2020.

ren Demokratisierung- und Sozialstaatsorientierung kann das Ergebnis von Auswanderung sein.⁷⁴

Ob diejenigen, die ausgewandert sind, wieder zurückkommen, ist unklar. Die Daten über zirkuläre Migration erlauben diesbezüglich keinen Aufschluss; die Annahme, dass Personenfreizügigkeit kurzzeitige Mobilität attraktiver macht als langandauernde Migration, bestätigen sie nicht eindeutig.⁷⁵ Eine Untersuchung der EU-Kommission zeigt, dass im Durchschnitt drei Viertel aller innerhalb der EU Ausgewanderten später zurückkommen.⁷⁶ Während dies in Rumänien (71 Prozent) der Fall ist, trifft es allerdings in Litauen (24 Prozent) oder Lettland (33 Prozent) nicht zu. White et al. identifizieren eine höhere Anzahl von Rückkehrenden, die mehrfach in anderen EU-Ländern tätig waren.⁷⁷ Andere Quellen verweisen auf einen geringeren Anteil an Rückkehrenden in Rumänien, Polen und den baltischen Staaten.⁷⁸ In vielen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE-Länder) haben die für die Bevölkerungsplanung und die Diaspora verantwortlichen Ministerien nationale und regionale Programme eingeführt, um Emigrant*innen zur Rückkehr zu bewegen. Diese Programme werden von den Regierungen und Handelskammern initiiert und von der EU bezuschusst. In einem Beitrag der OECD wurde jedoch in den baltischen Staaten, Rumänien und Polen ein nur limitierter Effekt festgestellt.⁷⁹ Eine alternative Strategie der MOE-Länder ist die Bemühung um Immigration aus dritten Ländern, besonders ärmeren, östlichen Ländern wie der Ukraine, Moldawien, Weißrussland und Russland.⁸⁰ Mit 601.000 Aufenthaltserlaubnissen in der EU waren ukrainische Migrant*innen Spitzenreiter in 2020. Polen stellte 81 Prozent davon aus und konnte so seine negative Netto-Migrationsrate ausgleichen.⁸¹ Steigende Einwanderungszahlen könnten so den MOE-Ländern bei der Bekämpfung demografischer Probleme helfen.⁸²

Während ein Anwachsen von Diaspora-Gemeinschaften den Anteil an Rücküberweisungen in Privathaushalte des Herkunftslands anfangs erhöht, zieht ein höherer Anteil an permanenter Auswanderung auf lange Sicht auch ein Abnehmen der Rücküberweisungen nach sich.⁸³ Weiterhin verringert ein

⁷⁴ Moses 2011; Hirschmann 1978.

⁷⁵ Engbersen et al. 2010.

⁷⁶ EU-Kommission 2020, S. 45.

⁷⁷ White et al. 2018, S. 20.

⁷⁸ Gherghina, Plooreanu 2020, S. 11; OECD 2013, S. 11; Kaczmarczyk 2018, S. 105.

⁷⁹ OECD 2013, S. 12.

⁸⁰ King, Okolski 2019, S. 23.

⁸¹ Eurostat 2020 b.

⁸² Sobotka, Fürnkranz-Prskawetz 2020, S. 216.

⁸³ Grabowska 2021, S. 180; Collier 2013.

sicherer Aufenthaltsstatus die Wahrscheinlichkeit, dass Migrant*innen Geld in ihr Herkunftsland schicken.⁸⁴ Als Resultat weitreichender Auswanderung stellen diese Rücküberweisungen wichtige Beiträge zur Kaufkraft individueller Haushalte und für die nationalen Budgets der MOE-Länder dar. In Rumänien machen sie drei Prozent, in Ungarn 2,4 Prozent und in Polen ein Prozent des BIP aus.⁸⁵ Eine wesentliche Voraussetzung wirtschaftlicher Modernisierung sind für Peripherieländer eine tragfähige Infrastruktur, ein intaktes Transportwesen sowie gute Kommunikationsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund schließen Castles und Delgado Wise, dass Regierungen, die sich auf Wirtschaftswachstum durch Rücküberweisungen verlassen, eine strukturelle Abhängigkeit von Auswanderungen und weiteren Rücküberweisungen riskieren.⁸⁶ Für Osteuropa zeigen Mintchev und Boshnakov am Beispiel Bulgariens, dass Rücküberweisungen hauptsächlich genutzt wurden, um Investitionen in Immobilien zu tätigen oder Grundbedürfnisse privater Haushalte zu decken.⁸⁷ Entsprechend könnten Rücküberweisungen hier sogar als Hemmnis ökonomischer Aktivität gewirkt und zugleich eine Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben induziert haben.⁸⁸

Quellen, die andere Auswanderungsländer in der EU untersuchen, kommen zu ähnlichen Schlüssen: Rücküberweisungen werden hier hauptsächlich zur Finanzierung des Konsums privater Haushalte, der Kompensation von Armut und in geringerem Umfang zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten verwendet.⁸⁹ Demnach können Rücküberweisungen Anreize zur Beteiligung am Arbeitsmarkt minimieren, während sie gleichzeitig die soziale Ungleichheit verstärken und die Reformfähigkeit der Regierung einschränken.⁹⁰ Nichtsdestotrotz wurde in Polen und Rumänien eine Reduzierung der interregionalen Ungleichheit beobachtet.⁹¹ Wirkungsvoller für die nationale Entwicklung wären zeitlich begrenzte, zirkuläre Migrationsmuster. Indem man Rechte und Pflichten für Arbeitsmigranten gesetzlich festlegen würde, könnten sich die positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft des Aufnahmelands maximieren lassen.⁹²

Langfristig lässt sich der Verlust größerer Bevölkerungsteile jedoch nicht durch die heimische Wirtschaft und den nationalen Arbeitsmarkt und/

84 Markova 2017, S. 107.

85 The World Bank 2022.

86 Castles, Delgado Wise 2008, S. 10.

87 Mintchev, Boshnakov 2010, S. 244.

88 Ebd., S. 217.

89 European Commission 2012; Atoyan et al. 2016, S. 18; Barbone et al. 2012, S. 4.

90 Atoyan et al. 2016, S. 17–18.

91 Kindler 2018, S. 195; Barbone et al. 2012.

92 Markova 2017, S. 106.

oder durch Rücküberweisungen kompensieren. Beispielsweise zeigt eine Untersuchung des Internationalen Währungsfonds, dass das ökonomische Wachstum in Ost- und Südosteuropa zwischen 1995 und 2012 ohne Auswanderung sechs Prozent höher hätte ausfallen können.⁹³ Zudem deuten Weltbank-Daten bezüglich der Entwicklung von Arbeitslosigkeit, Löhnen und BIP pro Kopf darauf hin, dass Emigration einen eher negativen Effekt auf MOE-Länder hatte. Zwar gab es eine Tendenz der Konvergenz zu EU-Kernstaaten, jedoch haben sich Unterschiede zwischen ihnen verstetigt. Während die Tschechische Republik in 2020 mit 2,5 Prozent eine niedrige Arbeitslosigkeitsrate aufzeigt, ist diese in Litauen mit 8,5 Prozent sehr hoch. Die Lohnentwicklung in Rumänien war positiv (von 64 Prozent niedrigeren Löhnen im Vergleich zu Deutschland im Jahr 2008 zu 51 Prozent in 2018). In den anderen MOE-Ländern war die Lohnkonvergenz jedoch entweder marginal oder wie in Ungarn und Slowenien mit -20 Prozent zwischen 2008 und 2018 sogar stark negativ. Auch die Entwicklung des BIP pro Kopf zeigt keine klare Konvergenz der MOE-Staaten zu den EU-Kernländern. Die durchschnittliche jährliche Steigung des BIP pro Kopf in Kaufkraftparität seit 2004 war in ersteren (USD 1.166) sogar niedriger als in letzteren (USD 1.492). Lediglich Litauen (USD 1.520) lag über dem Durchschnitt der EU-Kernländer. Zumindest für Rumänien und die baltischen Staaten wurde dabei die hohe Auswanderung als zentraler Faktor für einen relativen Einbruch des BIP identifiziert.⁹⁴

Der Überblick über die empirischen Befunde zeigt, dass der Fluss der Rücküberweisungen die negativen Auswirkungen des Bevölkerungsverlusts auf Wirtschaft und Gesellschaft der Herkunftsländer nur bedingt ausgleichen kann. Ein signifikanter Kapitaltransfer mit entsprechenden Konsequenzen für das nationale Wirtschaftswachstum ist gleichzeitig nicht ersichtlich. Stattdessen ist das Wachstum des BIP in den Herkunftsländern durch den Bevölkerungsverlust stark begrenzt. Migration scheint so als ein Nullsummenspiel, welches Konvergenz innerhalb der EU verlangsamt.⁹⁵ Wenn Menschen nach einiger Zeit im Ausland in ihr Herkunftsland zurückkehren, lassen sich positive Folgeeffekte beobachten. Die Datenlage zu den Konsequenzen lässt diesbezüglich allerdings keinen eindeutigen Schluss zu. Mit Blick auf die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit im gemeinsamen Markt lässt sich Folgendes schließen: Das neoklassische Paradigma, dem zufolge Personenfreizügigkeit im gemeinsamen Markt auch den Herkunftsländern nutzt, erscheint fragwürdig. Der kurze Überblick über die Studien zur Auswanderung und zu ihren Folgen in den osteuropäischen Ländern

93 Atoyan et al. 2016, S. 20.

94 Kaczmarczyk 2018, S. 10; Ritzen et al. 2017, S. 10; Atoyan et al 2016.

95 Schelkle 2017, S. 258.

hat wenig Evidenz für die neoklassische These geliefert, der zufolge Entwicklungsimpulse für die MOE-Länder eine Angleichung an den westeuropäischen Lohnspiegel und die dortigen Lebensbedingungen entstehen würden. Zwar mag die Arbeitslosigkeit langfristig – auch bedingt durch die Personenfreizügigkeit – gesunken sein. Das Lohnniveau, Aufstiegschancen und der allgemeine Lebensstandard liegen aber weit hinter den Bedingungen im Westen des Kontinents zurück. Dass Emigration als zentrales politisches Problem in manchen MOE-Ländern erkannt wurde, lässt sich daran erkennen, dass Länder wie Ungarn und besonders Polen sich zunehmend um deren Eindämmung bemühen. Vor allem die PiS-Regierung in Polen hat seit dem Wahlprogramm von 2015 niedrige Lebensqualität, schlechte Löhne und geringe ökonomische Möglichkeiten als Faktoren erkannt, die Emigration sowohl begünstigen als auch durch Emigration verstärkt werden. Darauf basierend führte die Regierung Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung (Morawiecki-Plan, Strategie für Verantwortliche Entwicklung), Verbesserung der Lebensqualität (Family-500+-Programm) und Steigerung der Motivation zur Rückkehr von Emigranten (Go4Poland) ein. Die migrationspolitische Strategie wurde im Januar 2021 in der Veröffentlichung der »Migrationspolitik von Polen – Diagnose des Status quo« gebündelt.

Die mit den Rücküberweisungen verbundenen Effekte sind nicht belegt. Wie Rücküberweisungen in Herkunfts ländern genutzt werden, hängt von institutionellen Gegebenheiten ab. Politikmaßnahmen in MOE-Ländern zur Steuerung von Rücküberweisungen in Richtung produktive Investitionen wurden in der Literatur nicht gefunden. Stattdessen zeigen sich Folgen der Auswanderung aus den MOE-Ländern, die die *Push*-Faktoren stärken und weitere Auswanderung bedingen. Eine hohe Erwerbslosenquote beschränkt Möglichkeiten, in Innovation, Bildung und Infrastruktur zu investieren, um weitere Auswanderung zu reduzieren. Auf diese Weise entsteht potenziell ein Teufelskreis beschränkter Entwicklungsmöglichkeiten und demografischer Alterung.

Die diskutierten empirischen Beiträge lassen die optimistischen Erwartungen über positive Effekte von Emigration auf Herkunfts länder zweifelhaft erscheinen. Der dependenztheoretische Ansatz eröffnet hier einen Perspektivwechsel, der bei der Deutung dieser uneindeutigen empirischen Befunde hilft. Es lässt sich in jedem Fall schließen, dass die großen Erwartungen an die EU-Personenfreizügigkeit mit Folgewirkungen einhergegangen sind, die ihrem Begründungszusammenhang (Wohlstandsmehrung und Gleichberechtigung) widersprechen.

4. Fazit

Aus der politischen Programmatik, die der europäischen Integration zugrunde liegt, folgt ein Anspruch auf allgemeine Bewegungsfreiheit innerhalb der EU aus einer Idee universeller Menschenrechte. Während diese zwar (vorerst) innerhalb der Unionsgrenzen gelten, lässt sich in diesem Begründungsmodus ein Ideal des philosophischen Kosmopolitismus erkennen, welches die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Menschen zum Ausgangspunkt für eine allgemeine Bewegungs- und Meinungsfreiheit macht. Einer zweiten legitimatorischen Annahme zufolge bedingt die Freizügigkeit ein Gleichgewicht im gemeinsamen (Arbeits-)Markt. Angestrebt wird eine Win-win-Situation für die Marktteilnehmer, in der Lohnabhängige und die Kapitalseite ihre Optionen maximieren, Herkunfts- und Zielländer mangelnde oder überschüssige Arbeit im- beziehungsweise exportieren und die EU als Wirtschaftsraum dabei immer dynamischer wird. Diese vorherrschende neoklassische Perspektive haben wir von einem dependenz-theoretischen Blickpunkt infrage gestellt. Anstelle einer Win-win-Situation beschreibt unsere alternative Perspektive ökonomische Dependenz als zentrales Merkmal der Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Kern der westlichen EU und seiner mittel- und osteuropäischen Peripherie. Diese kann, wie wir argumentieren, einen blinden Fleck in der neoklassischen sowie der migrationsethischen Perspektive bearbeiten helfen.

Als Fall realisierter Freizügigkeit kann die EU die Folgen einer solchen Regelung, die für die Peripherieländer durch Auswanderung entstehen, versinnbildlichen. Angesichts einer EU-Struktur- und -Regionalpolitik, die darauf ausgerichtet ist, zumindest die gröbsten Folgen wirtschaftlicher Deprivation in der Peripherie durch Transferzahlungen zu kompensieren, ist davon auszugehen, dass entsprechende Entwicklungen im weltsystemischen Rahmen auch drastischer ausfallen könnten. Insgesamt wird dieser Umstand, so haben wir gezeigt, weder in der migrationsethischen noch in der neoklassischen Perspektive der Wirtschaftswissenschaft ausreichend reflektiert. Ob sich unsere These jenseits der EU als gültig erweist, stellt eine mögliche Frage weiterer empirischer Untersuchung dar. Über Osteuropa hinaus wären unsere Schlussfolgerungen vor allem für die nähere Nachbarschaft der EU wie die Länder auf dem Balkan oder dem Kaukasus zu prüfen.

Wie eingangs ausgeführt, lassen sich die politischen und sozioökonomischen Effekte von Auswanderung in einem Dreieck von Migrant*innen, Herkunfts- und Zielländern modellieren. Die unzureichende Betrachtung der Effekte von Migration auf Herkunftsländer deutet jedoch auf eine signifikante sowohl empirische als auch theoretische Lücke in der Literatur hin. Zahlreiche Beiträge zu diesem Bereich teilen einen migrationsop-

timistischen Blick, der positive Effekte in Herkunftsändern antizipiert.⁹⁶ Weiterhin finden sich aber auch empirisch basierte Befunde zu positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den Herkunftsändern, wie sie aus Wissenstransfer, der Förderung nationaler Innovationssysteme sowie der Akkumulation von Sozialkapital als Resultat von Rückkehrmigration entstehen können.⁹⁷ Dieser Artikel leitet alternative Hypothesen aus einer dependenztheoretischen Perspektive ab. Überraschenderweise ignorieren existierende dependenztheoretische Beiträge jedoch die Relevanz von Migration in internationalen Abhängigkeitsbeziehungen, sodass die Kombination der Ansätze neue Erkenntnisse ermöglicht. Das Dependenzverhältnis zwischen den west-europäischen Kernländern und der mittel- und osteuropäischen Peripherie hemmt die wirtschaftliche Entwicklung letzterer.

Die anschließende Betrachtung existierender Analysen von Effekten der EU-Personenfreizügigkeit lässt allerdings keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu. Der zentrale Befund ist daher, dass weder migrationsoptimistische Theorien noch abgeleitete Hypothesen von der Dependenzschule Effekte der Emigration auf Herkunftsänder vollständig erklären können. Diese Uneindeutigkeit röhrt nicht notwendigerweise von einer epistemologischen Unmöglichkeit her, sondern viel wahrscheinlicher von anders geleiteten Forschungsinteressen, diese Effekte zu quantifizieren und zu analysieren.

Unser Anliegen besteht nicht darin, kosmopolitische und/oder liberale Weltsichten (oder auch Theorierahmungen) *per se* zu kritisieren. Größtmögliche Spielräume zur Gestaltung des eigenen Lebens zu schaffen und dabei einen allgemeinen Gleichberechtigungsanspruch gegenüber allen Menschen zu vertreten sind hehre und vernünftige Forderungen. Auch unterstellen wir ihren Vertreter*innen keine unmittelbare oder pauschale Täuschungsabsicht, die auf ein gezieltes Ausblenden etwaiger Negativfolgen entsprechender Politiklinien abhebt. Vielmehr geht es uns darum, konfligierende Zielgrößen entsprechender Erkenntnisprojekte zu identifizieren. Wenn liberale Wachstumsstrategien zu Verwerfungen führen und wenn kosmopolitische Perspektiven, die auf Gleichberechtigung abzielen, Ungleichheit fördern, besteht ein Widerspruch, der entsprechende Ansätze daran hindert, ihre Wirksamkeit effektiv zu entfalten.

Indem David Miller⁹⁸ einen »schwachen Kosmopolitismus« über die Pflichten von Staaten gegenüber anderen politischen Gemeinschaften definiert, öffnet er eine Perspektive auf mögliche Kompensationsleistungen, die die Ziel- an die Herkunftsänder richten könnten. Entsprechende Kom-

96 Brzelius 2021.

97 Siehe etwa die Beiträge in Nadler et al. 2016 oder Pries 1996.

98 Miller 2017 b.

pensionsformen sind im Rahmen der EU – wenn auch in schwacher Form – bereits institutionalisiert.⁹⁹ Im globalen Rahmen finden sich entsprechende Mechanismen – wenn überhaupt – nur mittelbar, etwa in Form von Entwicklungspolitik oder zivilgesellschaftlich organisierter Miltätigkeit. Perspektivisch ließe sich in diesem Zusammenhang über Regelungen wie Ausbildungsschädigungen diskutieren, welche die Staaten der Ziel für die Peripherieländer leisten könnten. Eine Einschränkung des Rechts auf Auswanderung erscheint uns als zu restriktiv, da es die individuelle Gestaltbarkeit des eigenen Lebens zu stark einschränken würde.¹⁰⁰ Auch hier wäre allerdings zu überlegen, inwiefern die eigene Ausbildung von Steuerzahldern finanziert wird, welche schließlich nicht in den Genuss der durch sie ermöglichten Arbeitsleistungen kommen. Denkbar erscheinen uns hier zum Beispiel verbindliche Sozialdienste oder Kompensationszahlungen, an deren Erbringen eine Auswanderung geknüpft sein könnte.¹⁰¹ Auch mit dem Ausbau der nationalen Bildungs- und Sozialsysteme lassen sich Anreize vor allem für junge, hoch qualifizierte, aber auch andere Bevölkerungsteile setzen, im Land zu bleiben. Weiterhin ließen sich Anstrengungen unternehmen, bereits Ausgewanderte zur Rückkehr zu bewegen – etwa durch Prämien, Steuernachlässe oder gezielte Wirtschaftsförderung für Gründerinitiativen. Schließlich bleibt auch die EU-Ebene mit ihrer Strukturpolitik als mögliche Instanz zur Ausschüttung von Kompensationszahlungen.

Eine relationale, der Dependenztheorie entlehnte Perspektive auf den Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaft im globalen Produktions- und Staatensystem hat zuletzt Stephan Lessenich eingenommen. Mit dem Begriff der Externalisierung fügt Lessenich der Debatte ein theoretisches Moment hinzu, welches die ideologische und praktische Legitimation globaler Ungleichheiten – oder auch den »Zusammenhang des Lebens der einen auf Kosten der anderen«¹⁰² – erklären helfen soll. Die Folgen wirtschaftlichen Handelns in den Kernländern würden im Bewusstsein ihrer Bewohner*innen aus zwei Gründen ausgeblendet: zum einen, »weil es erhebliche und zuletzt weiter wachsende Ungleichheiten ›daheim‹ gibt, die uns und unserer Wahrnehmung im Wortsinne näherliegen«, und zum anderen, »weil ein Blick über den Tellerrand der nationalen Wohlstandsverteilung Ungeheuerliches zutage fördern würde«.¹⁰³

Die Externalisierung der Folgen des eigenen Handelns dient der (präventiven) Vermeidung moralischer Konflikte und damit dem geordneten Ablauf

99 Vgl. Roos 2023.

100 Vgl. Ypi 2008.

101 Vgl. Bhagwati 1976.

102 Lessenich 2016, S. 24.

103 Ebd.

einer Wirtschaftsweise, die regionale Disparitäten voraussetzt und hervorbringt. Mit Blick auf die demokratische Gestaltung der Lebensverhältnisse entsteht hier insofern ein Problem, als die von dieser Wirtschaftsweise Betroffenen nicht dieselben Personen sind, die über ihre politische Gestaltung abstimmen.¹⁰⁴

Ohne damit einen vollständigen Anspruch auf die den rekonstruierten Literatursträngen zugrunde liegende Forschungspraxis zu erheben, lässt sich ein Moment der Externalisierung auch in den Prozessen der Generierung wissenschaftlichen Wissens in diesem Bereich erkennen. Indem Teile der Philosophie, der Sozial- und der Wirtschaftswissenschaft internationale Strukturen und Prozesse im globalen Maßstab vor allem oder sogar exklusiv mit Blick auf ihre Effekte in den Kernländern betrachten, tragen sie wesentlich zur Nichtberücksichtigung der Peripherie bei. Aufgrund der epistemischen Bedeutung der Wissenschaft im Feld gesellschaftlicher Wissensproduktion geht von entsprechenden Positionen eine starke normative Kraft aus. Die Vernachlässigung der Effekte von Auswanderung in den Herkunftsändern der Peripherie lässt sich vor diesem Hintergrund als Teil einer umfassenden Externalisierungsdynamik verstehen. Während Freizügigkeit als Moment individueller Selbstverwirklichung und Motor wirtschaftlichen Wachstums imaginiert wird, bleiben Folgekosten in den entsprechenden Forschungsbeiträgen unberücksichtigt.

Aus einer entsprechend informierten wissens- und wissenschaftssoziologischen Perspektive ließe sich in zukünftiger Forschung nach den Gründen fragen, aus denen ein Großteil der philosophischen, neoklassischen, politökonomischen und wirtschaftssoziologischen Literatur mögliche negative Effekte in Herkunftsstaaten ausblendet. Mit Lessenich interpretieren wir die liberal-individualistische Engführung als Ausdruck einer allgemeinen Tendenz zur Externalisierung. Während wir davon ausgehen, dass sowohl die migrationsethischen als auch die politökonomischen Positionen mit der Gewährleistung sozialer Teilhabe und wirtschaftlichen Wohlstands für eine möglichst große Anzahl an Personen wichtige normative Bezugspunkte teilen, machen die dargestellten Leerstellen sie anfällig für analytische Defizite in eben diesen Bereichen. Gegenüber einer entsprechend reduzierten Sichtweise empfehlen wir, Migration und Personenfreizügigkeit als relationale Phänomene und hinsichtlich mit ihnen verbundener Asymmetrien zu analysieren. Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Folgeerscheinungen in den Arbeitsmärkten und Sozialsystemen der Herkunftsänder.

104 Vgl. Lessenich 2020, S. 15.

Literatur

- Allen, Danielle 2022. *Politische Gleichheit*. Berlin: Suhrkamp.
- Atoyan, Ruben et al. 2016. *Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe*. IMF Discussion Note SDN/16/07. Washington: International Monetary Fund.
- Barbone, Lucy; Pietka-Kosinska, Katarzyna; Topinska, Irena 2012. *The Impact of Remittances on Poland's Economy*. CASE Network E-briefs No. 12/2012. Warschau: Center for Social and Economic Research.
- Benhabib, Seyla 2016. *Kosmopolitismus ohne Illusionen. Menschenrechte in unruhigen Zeiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Bhagwati, Jagdish 1976. »The Brain Drain Tax Proposal and the Issues«, in *Taxing the Brain Drain*, hrsg. v. Bhagwati, Jagdish; Partington, Martin, S. 3–29. Amsterdam: North Holland Publishing.
- Biskamp, Floris 2020. »Kein Kommunitarismus, nirgends! Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel«, in *Leviathan* 48, 1, S. 70–89.
- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla 2012. *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*. Ithaca: Cornell University Press.
- Borjas, George J. 1989. »Economic Theory and International Migration«, in *International Migration Review* 23, 3, S. 457–485.
- Brock, Gillian 2017. »Brain-Drain – welche Verantwortung tragen Emigranten?«, in *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*, hrsg. v. Dietrich, Frank, S. 212–231. Berlin: Suhrkamp.
- Bruszt, László; Langbein, Julia 2020. »Manufacturing Development: How Transnational Market Integration Shapes Opportunities and Capacities for Development in Europe's Three Peripheries«, in *Review of International Political Economy* 27, S. 996–1019.
- Bruzelius, Cecilia 2021. »Taking Emigration Seriously: A New Agenda for Research on Free Movement and Welfare«, in *Journal of European Public Policy* 28, 6, S. 930–942.
- Cardoso, Fernando; Faletto, Enzo 1976. *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Carens, Joseph 2013. *The Ethics of Immigration*. Oxford: Oxford University Press.
- Cassee, Andreas 2016. *Globale Bewegungsfreiheit*. Berlin: Suhrkamp.
- Castles, Stephen; Delgado Wise, Raúl 2008. »Introduction«, in *Migration and Development: Perspectives from the South*, hrsg. v. Castles, Stephen; Delgado Wise, Raúl, S. 1–13. Geneva: International Organisation for Migration.
- Collier, Paul 2013. *Exodus: Immigration and Multiculturalism in the 21st Century*. London: Allen Lane.
- di Cesare, Donatella 2021. *Philosophie der Migration*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Dietrich, Frank 2017. »Ethik der Migration – Zur Einführung«, in *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*, hrsg. v. Dietrich, Frank, S. 9–28. Berlin: Suhrkamp.
- European Commission 2012. *Social Impact of Emigration and Rural-urban Migration in Central and Eastern Europe*. Brüssel. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&caId=89&newsId=1778> (Zugriff vom 12.07.2023).
- Engbersen, Godfried; Okolski, Marek; Black, Richard; Pantiru, Cristina 2010. »Introduction: Working Out a Way from East to West: EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe«, in *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, hrsg. v. Black, Richard; Engbersen, Godfried; Okolski, Marek; Pantiru, Christina, S. 7–22. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- European Commission 2020. *2019 Annual Report on Intra-EU Labour Mobility. DG Social Affairs and Inclusion*. Brüssel. https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/annual-report-intra-eu-labour-mobility-2020_en (Zugriff vom 12.07.2023).
- Eurostat 2019. *Population Projections*. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps0002/default/table?lang=en> (Zugriff vom 12.07.2023).
- Eurostat 2020 a. *EU and EFTA Citizens Who Are Usual Residents in Another EU/EFTA Country as of 1 January*. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR_POP9CTZ/default/table?lang=en&category=demo.demo_pop (Zugriff vom 12.07.2023).

- Eurostat 2020 b. *Crude Rates of Population Change*. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Crude_rates_of_population_change,_2017-19_\(per_1_000_persons\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Crude_rates_of_population_change,_2017-19_(per_1_000_persons).png) (Zugriff vom 12.07.2023).
- Eurostat 2020 c. *EU/EFTA Born Population of Working Age Who Usually Resides in Another EU/EFTA Country by Country of Birth and Age*. <https://data.europa.eu/dataset/gvrawgbo5igehoj9mw07w?locale=en> (Zugriff vom 12.07.2023).
- Favell, Adrian 2014. »The Fourth Freedom. Theories of Migration and Mobilities in «Neoliberal Europe», in *European Journal of Social Theory* 17, 3, S. 275–289.
- Favell, Adrian; Hansen, Randall 2002. »Markets Against Politics: Migration, EU Enlargement and the Idea of Europe«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 28, 4, S. 581–601.
- Gherghina, Sergiu; Plopeanu, Aurelian 2020. »Who Wishes to Return? Ties to Home Country Among the Romanian Migrants«, in *Nationalities Papers* 48, 5, S. 876–890.
- Gosewinkel, Dieter 2016. *Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp.
- Grabowska, Izabela 2021. »The 2004 EU Enlargement as an Outcome of Public Policies: The Impact of Intra-EU Mobility on Central and Eastern European Sending Countries«, in *Social Policy & Society* 20, 2, S. 175–191.
- Grabowska-Lusinska, Izabela 2010. »Skills Shortage, Emigration and Unemployment in Poland: Causes and Implications of Disequilibrium in the Polish Labour Market«, in *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, hrsg. v. Black, Richard; Engbersen, Godfried; Okolski, Marek; Pantiru, Christina, S. 187–206. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Haas, Ernst B. 1958. *The Uniting of Europe: Political, Social and Economical Forces 1950–1957*. London: Stevens.
- Heidenreich, Martin 2022. *Die doppelte Spaltung Europas*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hirschmann, Albert O. 1978. »Exit, Voice, and the State«, in *World Politics* 31, 1, S. 90–107.
- ILO (International Labour Organization) 2019. *Labour Income as a Share of GDP*. www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer7/?lang=en&segment=indicator&id=LAP_2GDP_NOC_R_T_A (Zugriff vom 12.07.2023).
- Kaczmarczyk, Paweł 2015. »Poland: Large Migration Outflows and Skill-Mismatch«, in *Brain Drain – Brain Gain: European Labour Markets in Times of Crisis*, hrsg. v. Schellinger, Alexander, S. 33–43. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kaczmarczyk, Paweł 2018. »Post-Accession Migration and the Polish Labor Market: Expected and Unexpected Effects«, in *The Impact of Migration on Poland: EU Mobility and Social Change*, hrsg. v. White, Anne; Grabowska, Izabel; Kaczmarczyk, Paweł; Ślany, Krystyna, S. 90–107. London: UCL Press.
- Kelemen, Daniel R. 2020. »The European Union's Authoritarian Equilibrium«, in *Journal of European Public Policy* 27, 3, S. 481–499.
- Kindler, Marta 2018. »Poland's Perspective on the Intra-European Movement of Poles. Implications and Governance Responses«, in *Between Mobility and Migration: The Multi-level Governance of Intra-European Movement*, hrsg. v. Scholten, Peter; van Ostaijen, Mark, S. 183–204. Cham: Springer.
- King, Russel; Okolski, Marek 2019. »Diverse, Fragile and Fragmented: The New Map of European Migration«, in *Central and Eastern European Migration Review* 8, S. 9–32.
- Lessenich, Stephan 2016. *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser.
- Lessenich, Stephan 2020. *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Lutz, Wolfgang. Hrsg. 2019. *Demographic Scenarios for the EU. Migration, Population and Education*. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Markova, Eugenia 2017. »Migration and Remittances in the Central and East European Countries«, in *Labour and Social Transformation in Central and Eastern Europe*, hrsg. v. Delteil, Violaine; Kirov, Vassil N., S. 98–120. London: Routledge.

- Massey, Douglas; Arango, Joaquín; Graeme, Hugo; Kouaoui, Ali; Pellegrino, Adela; Taylor, Edward 1998. *Worlds in Motion. Understanding International Migration at the End of the Millennium*. Oxford: Clarendon Press.
- Mau, Steffen 2021. *Sortiermaschinen*. München: C. H. Beck.
- Merkel, Wolfgang; Zürn, Michael 2019. »Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie«, in *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, hrsg. v. Nida-Rümelin, Julian; von Daniels, Detlef; Wloka, Nicole, S. 67–101. Berlin: De Gruyter.
- Milanović, Branko 2020. *Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*. Berlin: Suhrkamp.
- Miller, David 2017 a. *Fremde in unserer Mitte*. Berlin: Suhrkamp.
- Miller, David 2017 b. »Immigration und territoriale Rechte«, in *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*, hrsg. v. Dietrich, Frank, S. 77–97. Berlin: Suhrkamp.
- Mintchev, Vesselin; Boshnakov, Venelin 2010. »Return Migration and Development Prospects After EU Integration: Empirical Evidence from Bulgaria«, in *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, hrsg. v. Black, Richard; Engbersen, Godfried; Okolski, Marek; Pantiru, Christina, S. 231–248. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Moses, Jonathon W. 2011. *Emigration and Political Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nadler, Robert; Kovacs, Zoltan; Glorius, Birgit; Lang, Thilo. Hrsg. 2016. *Return Migration and Regional Development in Europe*. London: Palgrave Macmillan.
- Nölke, Andreas; Vliegenthart, Arjan 2009. »Enlarging the Varieties of Capitalism. The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe«, in *World Politics* 61, 4, S. 670–702.
- OECD (Organization for Economic Co-operation and Development) 2013. *Coping with Emigration in Baltic and East European Countries*. Paris: OECD Publishing.
- OECD (Organization for Economic Co-operation and Development) 2021. *FDI Stocks (indicator)*. Paris. DOI: 10.1787/80eca1f9-en.
- Ottmann, Henning; Barisic, Pavo. Hrsg. 2018. *Kosmopolitische Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Parker, Owen 2021. »Critical Political Economy and the Free Movement of People in the EU«, in *The Routledge Handbook of Critical European Studies*, hrsg. v. Bigo, Didier et al., S. 239–253. London, New York: Routledge.
- Portes, Alejandro 2008. »Migration and Development: A Conceptual Review of the Evidence«, in *Migration and Development: Perspectives from the South*, hrsg. v. Castles, Stephen; Delgado Wise, Rául, S. 17–42. Genf: International Organization for Migration.
- Predojevic-Despic, Jelena; Pavlov, Tanja; Milutinovic, Svetlana; Balli, Brikena 2016. »Transnational Entrepreneurs in the Western Balkans: A Comparative Study of Serbian and Albanian Migrants and Returnees«, in *Return Migration and Regional Development in Europe*, hrsg. v. Nadler, Robert; Kovacs, Zoltan; Glorius, Birgit; Langg, Thilo, S. 111–126. London: Palgrave Macmillan.
- Pries, Ludger 1996. »Transnationale Soziale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderungen Mexiko-USA«, in *Zeitschrift für Soziologie* 25, S. 437–453.
- Ritzen, Jo; Kahanec, Martin; Haas, Jasmina 2017. *EU Mobility*. IZA Policy Paper No. 125. Bonn: Institute of Labor Economics.
- Roos, Christof 2023. »Compensating for the Effects of Emigration. Eastern Europe and Policy Response to EU Freedom of Movement«, in *Journal of European Public Policy* 30, 1, S. 174–192.
- Sandu, Dumitru 2010. »Modernising Romanian Society Through Temporary Work Abroad«, in *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, hrsg. v. Black, Richard; Engbersen, Godfried; Okolski, Marek; Pantiru, Christina, S. 271–287. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Schelkle, Waltraud 2017. *The Political Economy of Monetary Solidarity: Understanding the Euro Experiment*. Oxford: Oxford University Press.

- Seubert, Sandra 2019. »Shifting Boundaries of Membership: The Politicisation of Free Movement as a Challenge for EU Citizenship«, in *European Law Journal* 26, 1–2, S. 48–60.
- Sobotka, Tomáš; Fürnkranz-Prskawetz, Alexia 2020. »Demographic Change in Central, Eastern and Southeastern Europe: Trends, Determinants and Challenges«, in *30 Years of Transition in Europe. Looking Back and Looking Beyond CESEE Countries*, hrsg. v. Holzmann, Robert; Ritzberger-Grünwald, Doris; Schuberth, Helena, S. 196–222. Northampton: Edward Elgar.
- Stilz, Anna 2016. »Is There an Unqualified Right to Leave?«, in *Migration in Political Theory: The Ethics of Movement and Membership*, hrsg. v. Fine, Sarah; Ypi, Lea, S. 57–79. Oxford: Oxford University Press.
- Ulceluse, Magdalena 2020. *How the Romanian Diaspora Helped Put a New Far-right Party on the Political Map. LSE European Politics Blog* vom 17. Dezember 2020. <https://blogs.lse.ac.uk/europppblog/2020/12/17/how-the-romanian-diaspora-helped-put-a-new-far-right-party-on-the-political-map/> (Zugriff vom 12.07.2023).
- Vanhuyse, Pieter; Perek-Bialas, Jolanta 2021. »The Political Demography of Missed Opportunity: Populations and Policies in a Younger but Faster Ageing East Central Europe, 1990–2040«, in *Global Political Demography*, hrsg. v. Goerres, Achim; Vanhuysse, Pieter, S. 373–399. New York: Springer.
- White, Anna; Grabowska, Izabela; Kaczmarczyk, Paweł; Slany, Krystyna 2018. »The Impact of Migration from and to Poland Since EU Accession«, in *The Impact of Migration on Poland: EU Mobility and Social Change*, hrsg. v. White, Anna; Grabowska, Izabela; Kaczmarczyk, Paweł; Slany, Krystyna, S. 10–41. London: UCL Press.
- The World Bank 2022. *World Development Indicators – Personal Remittances, Received (% of GDP)*. New York. https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=B_X.TRF.PWKR.DT.GD.ZS&country=POL,HUN,ROU (Zugriff vom 12.07.2023).
- Ypi, Lea 2008. »Justice in Migration: A Closed Borders Utopia?«, in *The Journal of Political Philosophy* 16, 4, S. 391–418.
- Zürn, Michael 2020. »Zurück zur Sozialistischen Internationale? Replik auf Carsten Nickel, Floris Biskamp und Michael Hartmann«, in *Leviathan* 48, 2, S. 161–175.

Zusammenfassung: Der Aufenthaltsort von Menschen hat einen grundlegenden Einfluss auf deren Lebenschancen. Vor diesem Hintergrund stehen Prozesse internationaler Migration im Zentrum des sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Interesses. Während mit der Migrationsethik und der neoklassischen Ökonomie weite Teile zweier Disziplinen mit der Auseinandersetzung mit Wanderungsprozessen eine liberal-individualistische Engführung verfolgen, versäumen sie es, Folgen der Auswanderung in den Herkunftsländern in den Blick zu nehmen. Am Beispiel der Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union weisen wir nach, dass eine solche Engführung Effekte der Emigration in den Herkunftsländern vernachlässigt. Demgegenüber empfehlen wir eine dependenztheoretisch informierte Perspektive, die Migration als ein Phänomen betrachtet, das Herkunfts- und Aufnahmeländer sowie die Migrerenden gleichermaßen betrifft.

Stichworte: Migration, Personenfreizügigkeit, Kosmopolitismus, Dependenztheorie, Europäische Integration

Freedom of Movement in the Common Market and Its Effects in the Country of Origin – Win-win Situation or Dependency?

Summary: Where people live has a fundamental impact on their life chances. Against this background, processes of international migration are at the center of interest in social science and economics. While migration ethics and neoclassical economics are two disciplines that pursue a liberal-individualist approach to migration processes, they fail to take into account the consequences of emigration in the countries of origin. Using the example of the free movement of persons in the European Union, we show that such a narrow approach neglects the effects of emigration in the countries of origin. In contrast, we recommend an approach informed by dependency theory, which views migration as a phenomenon that affects countries of origin, host countries, and migrants alike.

Keywords: migration, freedom of movement, cosmopolitanism, dependency theory, European integration

Autoren

Martin Seeliger
Universität Bremen
Institut Arbeit und Wirtschaft
Wiener Str. 9
28359 Bremen
Deutschland
seeliger@uni-bremen.de

Christof Roos
Europa-Universität Flensburg
Auf dem Campus 1b
24943 Flensburg
Deutschland
christof.roos@uni-flensburg.de

Max Nagel
Universität Bremen
Institut Arbeit und Wirtschaft
Wiener Str. 9
28359 Bremen
Deutschland
mnagel@uni-bremen.de